

MARCEL GERNERT

Blocking Statutes

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

523

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

523

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röhmel



Marcel Gernert

Blocking Statutes

Eine Untersuchung zu den Wirkungen
der Befolungsverbote im
internationalen Wirtschaftsrecht sowie im
öffentlichen und privaten Kollisionsrecht

Mohr Siebeck

Marcel Gernert, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaften und des Europäischen Rechts an den Universitäten Würzburg und Peking; 2018 Erste Juristische Staatsprüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für internationales und ausländisches Privatrecht der Universität zu Köln; Forschungsaufenthalte in Teheran, Paris, New York und Cambridge; LL.M. (Eur.) an der Universität Würzburg; Referendariat in Köln, Reykjavík und Berlin.
orcid.org/0009-0007-0277-2994

Zugl.: Köln, Univ., Diss. 2023

ISBN 978-3-16-163309-6 / eISBN 978-3-16-163310-2
DOI 10.1628/978-3-16-163310-2

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2024 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Juni 2022 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Die Disputation fand am 7. Juni 2023 statt. Für die Veröffentlichung konnten Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung bis einschließlich Februar 2024 berücksichtigt werden.

Zuallererst und ganz besonders möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Heinz-Peter Mansel, für seine herausragende Betreuung bedanken. Erst seine uneingeschränkte Unterstützung für jedes noch so eigenartige und unerwartete Vorhaben während des Promotionsvorhabens hat nicht nur die Forschung an dem Thema, sondern auch eine unglaublich bereichernde Zeit ermöglicht. Die inhaltlichen Gespräche über das Dissertationsthema führten mich regelmäßig in die richtige Bahn zurück und haben wesentlich zur Entstehung der Arbeit in ihrer jetzigen Form beigetragen. Sein Engagement für internationalen Austausch war besonders bereichernd für einen weiten Blick bei der Erstellung der vorliegenden Arbeit. Hierfür bin ich ihm sehr dankbar. Auch durch meine Anstellung an seinem Institut waren die letzten Jahre eine überaus lehrreiche und schöne Zeit.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Klaus Peter Berger für die Übernahme und schnelle Erstellung des Zweitgutachtens.

Einen besonderen Dank möchte ich auch meinen Unterstützern und Betreuern während meiner Forschungsaufenthalte insbesondere an der *Columbia Law School* in New York sowie dem *Lauterpacht Centre for International Law* in Cambridge aussprechen, ohne deren wertvolle Ressourcen der rechtsvergleichende Blick in der vorliegenden Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Der Studienstiftung des deutschen Volkes danke ich für die Förderung meines Dissertationsvorhabens mit einem Promotionsstipendium sowie mehrfacher Auslandsaufenthalte und Sprachkurse. Auch die Dr. Wilhelm Westhaus-Stiftung hat meine Forschungsaufenthalte großzügig unterstützt, wofür ich sehr dankbar bin.

Bei der Stiftung *ius vivum* möchte ich mich für die finanzielle Unterstützung beim Druck bedanken.

Mein Dank gilt darüber hinaus den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe und Herrn Dr. Christian Eckl für die hervorragende redaktionelle Betreuung und wertvollen Hinweise.

Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen am Kölner Institut für internationales und ausländisches Privatrecht für die tolle Zusammenarbeit und wertvollen Diskussionen.

Neben vielen anderen aus dem Freundes- und Familienkreis danke ich ganz besonders meiner Mutter Sylvia Gernert, dass sie immer an mich glaubt und mich bedingungslos unterstützt.

Schließlich möchte ich mich aus tiefstem Herzen bei Thulio Barbosa bedanken, ohne dessen Rückhalt sowie ansteckende und immer gute Laune während all der Zeit diese Arbeit nicht hätte entstehen können. Ich hoffe, dass er weiß, wie wichtig er für das Gelingen der Promotion war.

Köln, im März 2024

Marcel Gernert

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Einleitung	1
A. Tatsächlicher Hintergrund	1
B. Forschungsfrage.....	3
C. Gang der Untersuchung.....	5
Kapitel 1: Extraterritoriale Jurisdiktion und ihre Folgen als Ursprung eines Blocking Statutes	7
A. Begriff der extraterritorialen Jurisdiktion	7
B. Mögliche Folgen extraterritorialer Jurisdiktion	71
C. Zwischenfazit und weiteres Vorgehen	83
Kapitel 2: Die Effektivität von Blocking Statutes als Instrument gegen extraterritoriale Jurisdiktionsausübung.....	85
A. Intendierte Wirkung.....	87
B. Tatsächliche Wirkung von Befolgungsverboten.....	125
C. Bewertung der rechtlichen Effektivität von Befolgungsverboten	249
Kapitel 3: Bewertung des Erlasses von Blocking Statutes	259
A. Mangelnde Effektivität hinsichtlich des intendierten Regelungsziels....	259
B. Nachteilige Folgen und Auswirkungen in der Praxis	260
C. Alternative Handlungsmöglichkeiten.....	263
D. Abschließende Bewertung	285

Kapitel 4: Zusammenfassung der Ergebnisse	289
A. Extraterritoriale Jurisdiktion und ihre Folgen als Ursprung von Blocking Statutes	289
B. Die Effektivität von Blocking Statutes als Instrument gegen extraterritoriale Jurisdiktionsausübung	293
C. Bewertung des Instruments des Blocking Statutes	311
Schluss	315
Literaturverzeichnis.....	317
Gesetzesverzeichnis.....	351
Entscheidungsverzeichnis	357
Sachregister	363

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Einleitung	1
A. Tatsächlicher Hintergrund	1
B. Forschungsfrage	3
I. Ziel der Untersuchung	3
II. Forschungsstand	5
C. Gang der Untersuchung	5
Kapitel 1: Extraterritoriale Jurisdiktion und ihre Folgen als Ursprung eines Blocking Statutes	7
A. Begriff der extraterritorialen Jurisdiktion	7
I. Jurisdiktion	7
1. Begriff und Unterteilungen	7
a) Begriff	7
b) Klassische Unterteilung	8
aa) <i>Jurisdiction to prescribe</i>	9
bb) <i>Jurisdiction to adjudicate</i>	10
cc) <i>Jurisdiction to enforce</i>	10
2. Unterteilung und Begrifflichkeiten der Teilbereiche im Rahmen dieser Arbeit	11
3. Teilbereiche	12
a) Materiell-rechtliche Jurisdiktion	12
aa) Regelungen mit verhaltenssteuerndem Wirkungsziel	12
(1) Regulatorische Verhaltenssteuerung	13
i. Direkte Verhaltenssteuerung	14
(a) Öffentliches Recht	15
(b) Privatrecht	17

ii.	Indirekte Verhaltenssteuerung	21
(a)	Öffentliches Recht	22
(b)	Privatrecht	24
(2)	Abgrenzung: Sonstige staatliche Verhaltenssteuerung	25
bb)	Regelungen mit sonstigem Wirkungsziel	26
b)	Formell-rechtliche Jurisdiktion	26
aa)	Zuständigkeitsregelungen	26
bb)	Regelungen über die Zustellung von Schriftstücken	27
cc)	Regelungen zur Beweisaufnahme	27
dd)	Regelungen zur Vollstreckung	28
c)	Zusammenfassung	28
II.	Extraterritorialität	29
1.	Elemente und Reichweite des Begriffs der Extraterritorialität	29
a)	Zusammenhang mit den völkerrechtlichen Grenzen staatlicher Jurisdiktion	30
aa)	Völkerrechtliche Grenzen staatlicher Jurisdiktion	30
bb)	Frage des Zusammenhangs mit dem Begriff der Extraterritorialität	33
cc)	Zwischenergebnis	34
b)	Notwendiger Umfang nicht-territorialer Nähe	35
aa)	Keinerlei territorialer Bezug	35
bb)	Kein substantieller territorialer Bezug	36
cc)	Kein ausschließlicher territorialer Bezug	37
dd)	Zwischenergebnis	38
2.	Teilbereiche	39
a)	Materiell-rechtliche Extraterritorialität	39
aa)	Extraterritoriale Regelungen mit verhaltenssteuerndem Wirkungsziel	39
(1)	Dogmatische Erzielung extraterritorialer Regulierung	39
i.	Direkte Verhaltenssteuerung	39
(a)	Öffentliches Recht	39
(b)	Privatrecht	44
ii.	Indirekte Verhaltenssteuerung	46
(a)	Öffentliches Recht	46
(b)	Privatrecht	48
iii.	Zusammenfassung	48
(2)	Beispiele extraterritorialer Regulierung	49
i.	Direkte Verhaltenssteuerung	49
(a)	US-amerikanische Primärsanktionen gegen den Iran	49
(b)	<i>Helms-Burton Act</i> als Teil des Kuba- Embargos der Vereinigten Staaten	51

(c) Unterwerfungsklauseln im Exportkontrollrecht.....	53
(d) Wettbewerbsrecht	53
ii. Indirekte Verhaltenssteuerung	55
(a) US-amerikanische Sekundärsanktionen gegen den Iran.....	55
(b) Sekundärboykott arabischer Staaten gegen Israel.....	58
bb) Extraterritoriale Regelungen mit sonstigem Wirkungsziel	59
b) Formell-rechtliche Extraterritorialität.....	60
aa) Zuständigkeit.....	60
(1) Zivilverfahren	60
i. Internationale Zuständigkeit.....	60
ii. <i>Forum non conveniens</i>	61
(2) Öffentlich-rechtliches Verfahren	62
bb) Zustellung.....	62
(1) Auslandszustellung	63
(2) Inlandszustellungen mit extraterritorialer Wirkung	64
i. Inlandszustellungen.....	64
ii. Extraterritoriale Wirkungen.....	65
cc) Beweisaufnahme	66
(1) Beweisaufnahme im Ausland	66
(2) Beweisaufnahme aus dem Ausland	67
i. Auslandsregelung.....	67
ii. Inlandsregelung mit extraterritorialer Wirkung ...	68
dd) Vollstreckung	69
(1) Auslandsvollstreckung	69
(2) Inlandsvollstreckung mit extraterritorialer Wirkung....	69
c) Zusammenfassung.....	70
B. Mögliche Folgen extraterritorialer Jurisdiktion	71
I. Materiell-rechtliche Extraterritorialität	71
1. Jurisdiktionskonflikte	71
2. Folgen für die privaten Regelungsadressaten	72
a) Regelungen mit verhaltenssteuerndem Wirkungsziel	72
aa) Direkte Verhaltenssteuerung.....	72
bb) Indirekte Verhaltenssteuerung	74
b) Regelungen mit sonstigem Wirkungsziel	75
3. Zusammenfassung und Zwischenfazit	75
II. Formell-rechtliche Extraterritorialität	76
1. Zuständigkeit	77
a) Zivilverfahren	77
aa) Internationale Zuständigkeit	77
bb) <i>Forum non conveniens</i>	78

b) Öffentlich-rechtliches Verfahren.....	79
2. Zustellungen	79
a) Auslandszustellungen.....	79
b) Inlandszustellungen mit extraterritorialer Wirkung	80
3. Beweisaufnahme.....	81
a) Beweisaufnahme im Ausland	81
b) Beweisaufnahme aus dem Ausland	81
4. Vollstreckung.....	82
a) Auslandsvollstreckung	82
b) Inlandsvollstreckung mit extraterritorialer Wirkung.....	82
5. Zusammenfassung	83
C. Zwischenfazit und weiteres Vorgehen	83

Kapitel 2: Die Effektivität von Blocking Statutes als Instrument gegen extraterritoriale Jurisdiktionsausübung..... 85

A. Intendierte Wirkung.....	87
I. Regelungsinhalte	87
1. Rechtsgebiets- und länderübergreifende Systematisierung.....	87
a) Befolgungsverbote	87
aa) Verbot der Befolgung bestimmter materiell-rechtlicher Regelungen anderer Staaten.....	87
bb) Verbot der Befolgung ausländischer Informations- beschaffungsersuchen	93
b) Verbot der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen.....	98
c) <i>Clawback</i> -Ansprüche	100
2. Sonstige Maßnahmen	102
a) Ausschluss der Rechtshilfe.....	102
b) Verbot der Rechtsdurchsetzung.....	104
c) Abwehrregelungen gegen die ausländische Anwendung der <i>forum non conveniens</i> -Lehre	105
3. Zusammenfassung	106
II. Regelungsziele und intendierte Wirkungsweise	107
1. Befolgungsverbote.....	107
a) Verbot der Befolgung bestimmter materiell-rechtlicher Regelungen anderer Staaten	107
aa) Regelungsziel	107
bb) Intendierte Wirkungsweise	110
(1) Im Erlassstaat des Blocking Statutes	110
(2) Im extraterritorial regulierenden Staat	111

b)	Verbot der Befolgung ausländischer Informationsbeschaffungsersuchen	111
aa)	Regelungsziel	111
(1)	Verhinderung extraterritorialer Beweisaufnahmen aus dem Ausland	111
(2)	Verhinderung extraterritorialer Regulierung	113
bb)	Intendierte Wirkungsweise	113
(1)	Im Erlassstaat des Blocking Statutes	113
(2)	Im extraterritorial regulierenden Staat	114
2.	Verbot der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	114
a)	Beschränkung der Wirkungen der ausländischen Entscheidung	114
b)	Verhinderung bzw. Reduzierung ausländischer Verfahren ...	117
c)	Verhinderung extraterritorialer Regulierung	117
3.	Clawback-Ansprüche	119
a)	Neutralisierung und Reduzierung ausländischer Entscheidungen	119
b)	Verhinderung extraterritorialer Regulierung	120
4.	Zusammenfassung und Eingrenzung der Thematik	120
a)	Zusammenfassung der Regelungsziele und intendierten Wirkungsweise	120
b)	Beschränkung der folgenden Untersuchung auf die Befolgungsverbote	122
B.	Tatsächliche Wirkung von Befolgungsverböten	125
I.	Im Erlassstaat des Blocking Statutes	126
1.	Kollisionsrechtliche Wirkungen	127
a)	Öffentlich-rechtliche Verfahren (<i>public enforcement</i>)	127
b)	Privatrechtliche Verfahren (<i>private enforcement</i>)	128
aa)	Extraterritoriale Regulierung als <i>lex causae</i>	128
(1)	Kollisionsrechtliche Verweisung auf die Rechtsordnung des extraterritorial regulierenden Staates	128
(2)	Wirkung des Befolgungsverbots	130
bb)	Extraterritoriale Regulierung als Eingriffsnormen	132
(1)	Sonderanknüpfung für extraterritorial verhaltenssteuernde Normen	132
(2)	Wirkung des Befolgungsverbots	134
c)	Zusammenfassung	134
2.	Sachrechtliche Wirkungen	136
a)	Allgemeine Problematiken im Zusammenhang mit der Durchsetzung eines Befolgungsverbots	136
aa)	Beweis des Tatbestandsmerkmals des „Befolgens“	137
(1)	Komponenten des Tatbestandsmerkmals	137

i.	Objektive Komponente	137
ii.	Subjektive Komponente	138
(2)	Nachweis des „Befolgens“	139
bb)	Einschränkungen der Pflicht zur Beachtung des Befolgungsverbots.....	143
(1)	Gesetzliche Ausnahmeregelungen vom Befolgungsverbot.....	143
(2)	Befreiungen vom Befolgungsverbot aufgrund sachrechtlicher Berücksichtigung extraterritorialer Regelungen	144
i.	Öffentlich-rechtliche Verfahren (<i>public enforcement</i>)	145
ii.	Privatrechtliche Verfahren (<i>private enforcement</i>)	146
b)	Beispiele tatsächlicher Anwendung und Durchsetzung	149
aa)	Europäische Union	149
(1)	Anwendung und Auslegung des Art. 5 EU-Blocking-VO	149
i.	Europäische Kommission.....	150
ii.	Deutsche Rechtsprechung	151
iii.	Gerichtshof der Europäischen Union und seine Folgen für die deutsche Rechtsprechung	159
(a)	Rechtssache „Bank Melli Iran vs. Telekom Deutschland“.....	159
(b)	Rechtssache „IFIC Holding AG vs. Kommission“	163
(c)	Nachfolgende Rechtsprechung deutscher Gerichte	164
iv.	Verfahren im Vereinigten Königreich	169
v.	Niederländische Rechtsprechung.....	171
vi.	Italienische Rechtsprechung	172
vii.	Französische Rechtsprechung.....	173
viii.	Zusammenfassung.....	173
(2)	Zusammenfassende Rückschlüsse für die Wirkung und Durchsetzung des Befolgungsverbots	176
i.	Öffentlich-rechtliche Verfahren und Folgen eines Verstoßes (<i>public enforcement</i>)	176
ii.	Privatrechtliche Verfahren und Folgen eines Verstoßes (<i>private enforcement</i>).....	178
bb)	Kanada	179
(1)	Anwendung und Auslegung des Tatbestands- merkmals des Befolgens.....	179

(2) Öffentlich-rechtliche Verfahren und Folgen eines Verstoßes (<i>public enforcement</i>)	180
cc) Frankreich	182
(1) Öffentlich-rechtliche Verfahren und Folgen eines Verstoßes (<i>public enforcement</i>)	182
(2) Sonstige Bezugnahme auf das Befolungsverbot	185
dd) Vereinigte Staaten	185
3. Zusammenfassung der Wirkungen des Befolungsverbots in seinem Erlassstaat.....	189
II. Im extraterritorial handelnden Staat.....	191
1. Reaktionsmöglichkeiten auf ausländische Befolungsverbote ...	191
a) Kooperative Haltung	191
b) Konfrontative Haltung	193
c) Eingrenzung der Thematik	194
2. Beispiele tatsächlichen Umgangs mit ausländischen Befolungsverboten.....	194
a) Vereinigte Staaten von Amerika	194
aa) Konzepte im Zusammenhang mit konkurrierenden ausländischen Regelungen.....	195
(1) Berücksichtigung ausländischer Interessen bei der Anwendung des eigenen nationalen Rechts	195
i. Materieell-rechtliche Extraterritorialität.....	195
ii. Formell-rechtliche Extraterritorialität.....	197
(2) Act of State-Doktrin.....	199
(3) <i>Foreign state compulsion</i> -Doktrin.....	200
bb) Anwendung der Konzepte auf ausländische Befolungsverbote.....	203
(1) Bedeutende US-amerikanische Kartellverfahren	203
i. Uranrechtsstreit in der Rechtssache „Westinghouse“	203
ii. Kartellverfahren in der Rechtssache „Laker Airways“	206
(2) „Aérospatiale“-Entscheidung des U.S. Supreme Court und seine Folgen	209
i. Die Grundsatzentscheidung „Aérospatiale“ des U.S. Supreme Court	209
ii. Rechtsprechung untergeordneter US- amerikanischer Gerichte nach „Aérospatiale“ ...	211
(3) Verfahren zur Durchsetzung US-amerikanischer Wirtschaftssanktionen	221
i. US-Pipeline-Embargo gegen die Sowjetunion... ..	222
ii. Grundsätzliches Vorgehen des <i>Office of Foreign Assets Control</i> (OFAC)	223

iii.	Die Rechtssache „Brodie“	226
iv.	Schadensersatzklagen auf Grundlage des Titel III <i>Helms-Burton Act</i>	228
	(a) Stand der Verfahren	228
	(b) Wirkungen der europäischen Blocking- Verordnung	233
	cc) Zusammenfassung und Fazit	235
b)	Vereinigtes Königreich	241
c)	Kanada	246
3.	Zusammenfassung der Wirkungen des Befolungsverbots im extraterritorial handelnden Staat	248
C.	Bewertung der rechtlichen Effektivität von Befolungsverböten	249
I.	Persuasionswirkungen der konkurrierenden Regelungen	250
1.	Persuasionswirkung der extraterritorialen Regelung	250
2.	Vergleich mit der Persuasionswirkung des Befolungsverbots ..	253
II.	Zusammenfassung der Effektivität von Befolungsverböten hinsichtlich ihrer Ziele	255
 Kapitel 3: Bewertung des Erlasses von Blocking Statutes		259
A.	Mangelnde Effektivität hinsichtlich des intendierten Regelungsziels....	259
B.	Nachteilige Folgen und Auswirkungen in der Praxis	260
C.	Alternative Handlungsmöglichkeiten	263
I.	Zwischenstaatliche Maßnahmen	263
1.	Internationale Harmonisierung der Regelungen	264
2.	Zunehmende Konvergenz nationaler Regelungen	265
3.	Abkommen über gegenseitige Anerkennung	268
4.	Koordinierung und Kooperation	269
II.	Einzelstaatliche Maßnahmen	273
1.	Unmittelbare Maßnahmen gegen den extraterritorial handelnden Staat	273
a)	Politische Reaktionen	273
b)	Einleitung von internationalen Sanktions- und Schlichtungsmechanismen	274
c)	Repressalien und Retorsion als völkerrechtliche Gegenmaßnahmen	274
2.	Interne rechtliche Maßnahmen	277
a)	Staatliche Umgehungsmaßnahmen	277
b)	Erlass sonstiger, der extraterritorialen Jurisdiktionsaus- übung gegensätzlicher Regelungen	279
III.	Bewertung der alternativen Handlungsmöglichkeiten	281
D.	Abschließende Bewertung	285

Kapitel 4: Zusammenfassung der Ergebnisse	289
A. Extraterritoriale Jurisdiktion und ihre Folgen als Ursprung von Blocking Statutes	289
I. Begriff und Erscheinungsformen extraterritorialer Jurisdiktion	289
II. Folgen extraterritorialer Jurisdiktion.....	292
B. Die Effektivität von Blocking Statutes als Instrument gegen extraterritoriale Jurisdiktionsausübung	293
I. Regelungsziele eines Blocking Statutes	294
II. Tatsächliche Wirkungen von Befolgungsverboten	296
1. Im Erlassstaat des Befolgungsverbots.....	296
2. Im extraterritorial handelnden Staat.....	303
III. Rückschlüsse für die Effektivität eines Befolgungsverbots hinsichtlich seines Regelungsziels	309
C. Bewertung des Instruments des Blocking Statutes	311
Schluss	315
Literaturverzeichnis.....	317
Gesetzesverzeichnis.....	351
Entscheidungsverzeichnis	357
Sachregister	363

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen, die im Titel der im Literaturverzeichnis aufgeführten Werke vorkommen, wurden nicht aufgenommen.

a.A.	andere/r Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.F.	alte Fassung
a.M.	am Main
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften / Europäischen Union
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Advoc.	Advocate (Vancouver)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFEP	Association française des entreprises privées
AJIL	Unbound American Journal of International Law Unbound
Akron L. Rev.	Akron Law Review
ALI	American Law Institute
All E.R.	All England Law Reports
allg.	allgemeines
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. J. Int'l L.	American Journal of International Law
Am. U. Int'l L. Rev.	American University International Law Review
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Ariz. J. Int'l & Comp. L.	Arizona Journal of International and Comparative Law
Ariz. St. L. J.	Arizona State Law Journal
Art.	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASIL Proc.	American Society of International Law Proceedings
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich/e/n
Austl.	Australian
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Außenwirtschaftsverordnung

B. C. L. Rev.	Boston College Law Review
B.R.	Bankruptcy Reporter
B. U. Int'l L. J.	Boston University International Law Journal
Bankr. D. Del.	United States Bankruptcy Court for the District of Delaware
Bankr. S.D.N.Y.	United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York
Baylor L. Rev.	Baylor Law Review
BBC	British Broadcasting Corporation
BCC	British Company Law Cases
Bd.	Band
BeckOGK	Beck'scher Online-Großkommentar
BerGesVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Berkeley J. Int'l L.	Berkeley Journal of International Law
Beschl.	Beschluss
Besond.	besonderes
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIS	U.S. Department of Commerce – Bureau of Industry and Security
BLJ	Bucerius Law Journal
Brit. Yb. Int'l L.	British Yearbook of International Law
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
Brook. L. Rev.	Brooklyn Law Review
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestags
Bull. Crim.	Bulletin criminel de la Cour de Cassation
Bus. Law.	Business Lawyer
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C. Gaz.	Canada Gazette
C.D. Cal.	United States District Court for the Central District of California
C.F.R.	Code of Federal Regulations
C.P.C.	Civil Practice Court
CA	Cour d'appel
Cal. W. Int'l L. J.	California Western International Law Journal
Calif. L. Rev.	California Law Review
Camb. Law J.	Cambridge Law Journal
Can.-U.S. L. J.	Canada-United States Law Journal
Case W. Res. J. Int'l L.	Case Western Reserve Journal of International Law
Cass. 2e civ.	Cour de Cassation, Chambre civile 2
Cass. crim.	Cour de Cassation, Chambre criminelle
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
ch.	Chapter
Chinese J. Int'l L.	Chinese Journal of International Law

Cir.	Circuit
CISADA	Comprehensive Iran Sanctions and Divestment Act
Cmt.	Comment
Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa
Commw. L. Bull.	Commonwealth Law Bulletin
Cong.	Congress
Conn. J. Int'l L.	Connecticut Journal of International Law
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
CSSS	Centre for Science and Security Studies
D. Ariz.	United States District Court for the District of Arizona
D. Del.	United States District Court for the District of Delaware
D. Minn.	United States District Court for the District of Minnesota
D.C. Cir.	United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit
D.D.C.	United States District Court for the District of Columbia
D.L.R.	Dominion Law Reports
DAFFE/CLP	Directorate for Financial, Fiscal and Enterprise Affairs – Competition Law and Policy Committee
DAJV Newsl.	Deutsch-Amerikanische Juristen-Vereinigung Newsletter
Def. Counsel J.	Defense Counsel Journal
Del. Ch.	Delaware Court of Chancery
Del. J. Corp. L.	Delaware Journal of Corporate Law
Dick. J. Int'l L.	Dickinson Journal of International Law
DOF	Diario Oficial de la Federación
Duke L. J.	Duke Law Journal
E.D. Pa.	United States District Court for the Eastern District of Pennsylvania
E.D. Va.	United States District Court for the Eastern District of Virginia
E.D.N.Y.	United States District Court for the Eastern District of New York
EAA	Export Administration Act
EAR	Export Administration Regulations
ebd.	Ebenda
EC	European Community
ECLI	European Case Law Identifier
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Emory Int'l L. Rev.	Emory International Law Review
et al.	et alteri
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Eur. Compet. Law Rev.	European Competition Law Review
Eur. J. Int'l L.	European Journal of International Law
Eur. J. Law Econ.	European Journal of Law and Economics

EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal (Civil Division)
EWHC (Ch)	England and Wales High Court (Chancery Division)
EWHC (Comm)	England and Wales High Court (Commercial Court)
EWHC (Pat)	England and Wales High Court (Patents Court)
f./ff.	folgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.R.D.	Federal Rules Decisions
F.Supp.	Federal Supplement
F.Supp.2d	Federal Supplement, Second Series
F.Supp.3d	Federal Supplement, Third Series
Fed. Reg.	Federal Register
FEMA	Foreign Extraterritorial Measures Act
FEMO	Foreign Extraterritorial Measures (United States) Order
Fla. J. Int'l L.	Florida Journal of International Law
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L. J.	Fordham International Law Journal
Fordham L. Rev.	Fordham Law Review
frz.	französisch(e)
FS	Festschrift
FSR	Fleet Street Reports
GA	Generalanwalt
Ga. J. Int'l & Comp. L.	Georgia Journal of International and Comparative Law
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
Geo. J. Int'l L.	Georgetown Journal of International Law
Geo. L. J.	Georgetown Law Journal
Geo. Mason J. Int'l Com. L.	George Mason International Law Journal
Geo. Wash. J. Int'l L. & Econ.	George Washington Journal of International Law and Economics
Geo. Wash. L. Rev.	George Washington Law Review
German Yb. Int'l L.	German Yearbook of International Law
Golden Gate U. L. Rev.	Golden Gate University Law Review
Gonz. L. Rev.	Gonzaga Law Review
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
Hamline L. Rev.	Hamline Law Review
Harv. Int'l L. J.	Harvard International Law Journal
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings Int'l & Comp. L. Rev.	Hastings International and Comparative Law Review
HBÜ	Haager Beweisübereinkommen
Hous. J. Int'l L.	Houston Journal of International Law
Hrsg.	Herausgeber
HZÜ	Haager Zustellungsübereinkommen
I.L.Pr.	International Litigation Procedure
i.V.m.	in Verbindung mit
i.Ü.	im Übrigen
ICCLR	International Company and Commercial Law Review
ILM	International Legal Materials
ILSA J. Int'l & Comp. L.	International Law Students Association Journal of International and Comparative Law

Inc.	Incorporated
Ind. L. J.	Indiana Law Journal
INSTEX	Instrument in Support of Trade Exchanges
Int'l & Comp. L. Q.	International and Comparative Law Quarterly
Int'l Boycotts (Bus. Laws Inc.)	International Boycotts (Business Laws Inc.)
Int'l Bus. L. J.	International Business Law Journal
Int'l Comm. L. Rev.	International Community Law Review
Int'l Fin. L. Rev.	International Financial Law Review
Int'l L.	The International Lawyer
Int'l L. & Pol. Online	International Law and Politics Online
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ITSR	Iranian Transactions and Sanctions Regulation
J. Air L. & Com.	Journal of Air Law and Commerce
J. Bus. L.	Journal of Business Law
J. Comp. Bus. & Cap. Market L.	Journal of Comparative Business and Capital Market Law
J. Financial Regul.	Journal of Financial Regulation
J. Marshall L. Rev.	John Marshall Law Review
J. S. Afr. L.	Journal of South African Law
J. Transnat'l L. & Pol'y	Journal of Transnational Law and Policy
J. W. Trade	Journal of World Trade
JA	Juristische Arbeitsblätter
James Cook U. L. Rev.	James Cook University Law Review
Jap. Ann. Int'l L.	Japanese Annual of International Law
JCP E.	La Semaine Juridique, Édition „Entreprise et affaires“
JCP G.	La Semaine Juridique, Édition générale
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action
JITCL	UC Irvine Journal of International, Transnational, and Comparative Law
JORF	Journal Officiel de la République Française
JRP	Journal für Rechtspolitik
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation und Recht
Kap.	Kapitel
KOM	Europäische Kommission
Korean J. Comp. L.	Korean Journal of Comparative Law
La. L. Rev.	Louisiana Law Review
Land & Water L. Rev.	Land and Water Law Review
Law & Contemp. Probs.	Law and Contemporary Problems
Law & Pol'y Int'l Bus.	Law and Policy in International Business
LG	Landgericht
LIBERTAD	Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act
lit.	littera
Loy. L. A. L. Rev.	Loyola of Los Angeles Law Review
Loy. L. Rev.	Loyola Law Review
Loy. U. Chi. L. J.	Loyola University Chicago Law Journal
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Man. L. J.	Manitoba Law Journal

Md. J. Int'l L. & Trade	Maryland Journal of International Law and Trade
MDL	Multi-District Litigation
MEDEF	Mouvement des entreprises de France
Melb. J. Int'l L.	Melbourne Journal of International Law
Mich. J. Int'l L.	Michigan Journal of International Law
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
MLAT	Treaties on Mutual Legal Assistance in Criminal Matters
MüKo	Münchener Kommentar
N. C. J. Int'l L. & Com. Reg.	North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation
N.D. Cal.	United States District Court for the Northern District of California
N.D. Ill.	United States District Court for the Northern District of Illinois
N.D. Tex.	United States District Court for the Northern District of Texas
N.M.	Supreme Court of New Mexico
N.Y.L. Sch. J. Int'l & Comp. L.	New York Law School Journal of International and Comparative Law
N.Y.U. J. Int'l L. & Pol.	New York University Journal of International Law and Politics
NAFTA	North American Free Trade Agreement
New Eng. L. Rev.	New England Law Review
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No(s).	Number(s)
Nordic J. Int'l L.	Nordic Journal of International Law
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
Nova L. Rev.	Nova Law Review
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. J. Int'l L. & Bus.	Northwestern Journal of International Law and Business
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
OAC	Office of Anti-Boycott Compliance
OAS	Organization of American States
OEA	U.S. Department of Commerce – Office of Export Administration
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OFAC	Office of Foreign Assets Control
OLG	Oberlandesgericht
Ont. C.A.	Court of Appeal of Ontario
österr.	österreichisch/es
Oxf. J. Leg. Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
P.C.I.J. (Ser. A)	Permanent Court of International Justice – Series A: Collection of Judgments
PC(NZ)	Privy Council New Zealand
Penn St. Int'l L. Rev.	Penn State International Law Review

Pepp. L. Rev.	Pepperdine Law Review
Prac. L.	Practical Lawyer
Pub. L.	Public Law
Q.B.	Law Reports, Queen's Bench Division
Que. Rev. Stat.	Quebec Revised Statutes
R.S.C.	Revised Statutes of Canada
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdTW	Recht der Transportwirtschaft
Rec. des Cours	Recueil des Cours
Rev. Dir. Com. Int'l	Revista de Direito do Comércio Internacional
Rev. Juríd. Univ. P. R.	Revista Jurídica Universidad de Puerto Rico
RFDA	Revue Française de Droit Administratif
Rich. J. Global L. & Bus.	Richmond Journal of Global Law and Business
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Russ. L. J.	Russian Law Journal
S.	Seite/Satz
S. Afr. Law J.	South African Law Journal
S. Ct.	Supreme Court Reporter (
S.D. Fla.	United States District Court for the Southern District of Florida
S.D.N.Y.	United States District Court for the Southern District of New York
S.I.	Statutory instrument
San Diego Int'l L. J.	San Diego International Law Journal
San Diego L. Rev.	San Diego Law Review
SchGeschUV	Verordnung über die Übermittlung schiffahrtsgeschäftlicher Unterlagen an ausländische Stellen
schweiz.	schweizerisch/es
SDN	Specially Designated Nationals
SEC	Securities and Exchange Commission
Sec.	Section(s)
SeeAufgG	Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt
Sess.	Session
Sing. J. Int'l & Comp. L.	Singapore Journal of International and Comparative Law
SISSE	Service de l'information stratégique et de la sécurité économiques
sog.	sogenannt/e
SOR	Statutory Orders and Regulations
Stan. J. Int'l L.	Stanford Journal of International Law
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Stat.	US Statutes at Large
Stetson L. Rev.	Stetson Law Review
STFI	Special Trade and Finance Institute
StGB	Strafgesetzbuch

StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Suffolk Transnat'l L. Rev.	Suffolk Transnational Law Review
Sw. J. L. & Trade Am.	Southwestern Journal of Law and Trade in the Americas
Sw. L. Rev.	Southwestern Law Review
Syracuse J. Int'l L. & Com.	Syracuse Journal of International Law and Commerce
T. com.	Tribunal de commerce
Temp. Int'l & Comp. L. J.	Temple International and Comparative Law Journal
Tex. Int'l L. J.	Texas International Law Journal
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
TGI	Tribunal judiciaire
Trade Cas. (CCH)	Trade Cases (Commerce Clearing House)
Transnat'l L.	The Transnational Lawyer
TranspR	Transportrecht
Trusts Trustees	Trusts and Trustees
Tul. J. Int'l & Comp. L.	Tulane Journal of International and Comparative Law
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
U. C. Davis J. Int'l L. & Pol'y	UC Davis Journal of International Law and Policy
U. Cinn. L. Rev.	University of Cincinnati Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
U. Fla. L. Rev.	University of Florida Law Review
U. Ill. L. Rev.	University of Illinois Law Review
U. Miami Inter-Am. L. Rev.	University of Miami Inter-American Law Review
U. Miami L. Rev.	University of Miami Law Review
U. Miami Yb. Int'l L.	University of Miami Yearbook of International Law
U. Pa. J. Int'l Bus. L.	University of Pennsylvania Journal of International Business Law
U. Pa. J. Int'l Econ. L.	University of Pennsylvania Journal of International Economic Law
U. Pa. J. Int'l L.	University of Pennsylvania Journal of International Law
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
u.a.	unter anderem
U.S./US	United States
U.S.C.	United States Code
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé
Univ. N. B. Law J.	University of New Brunswick Law Journal
Urt.	Urteil
USA	United States of America
usw.	und so weiter
Utrecht L. Rev.	Utrecht Law Review
v.	von/vom
v./vs.	versus
Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht
VerwR	Verwaltungsrecht
vgl.	vergleiche
Vill. L. Rev.	Villanova Law Review
VO	Verordnung

Vol.	Volume
Vorlagebeschl.	Vorlagebeschluss
W. Comp.	World Competition
Wake Forest L. Rev.	Wake Forest Law Review
Wash. L. Rev.	Washington Law Review
Wash. U. L. Q.	Washington University Law Quarterly
Wash. U. L. Rev.	Washington University Law Review
Washburn L. J.	Washburn Law Journal
WGO	Monatshefte für Osteuropäisches Recht
Willamette L. Rev.	Willamette Law Review
WL	Westlaw
WLR (D)	Weekly Law Reports – Daily case summaries
WM	Wertpapiermitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
Yale J. Int'l L.	Yale Journal of International Law
Yale L. J.	Yale Law Journal
Yb. Int'l L.	Yearbook of International Law
Yb. Priv. Int'l L.	Yearbook of Private International Law
z.B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZD-Aktuell	News-Bereich der Zeitschrift für Datenschutz
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZPO	Zivilprozessordnung

Einleitung

A. Tatsächlicher Hintergrund

In einer sich immer weiter globalisierenden Welt versuchen immer mehr Staaten ihre eigenen Interessen durch nationales Recht auch außerhalb des eigenen Staatsgebiets durchzusetzen,¹ indem sie es extraterritorial anwenden. Dieses Vorgehen ist weit verbreitet und wird daher von einer großen Zahl an Staaten praktiziert, da es ihnen ermöglicht, ihren Interessen eine weitgehende Wirkung zu verleihen und sie durchzusetzen, ohne nach schwierigen Verhandlungen in internationalen Abkommen Kompromisse eingehen zu müssen.

Als bekanntes Beispiel für ein solches Vorgehen sind dabei politisch motivierte Wirtschaftssanktionen in Form sog. Sekundärsanktionen zu nennen, die unbeteiligte Drittstaaten insofern betreffen, als dass ausländische Personen dazu gezwungen werden, sich unter Androhung von Einreiseverboten, Vermögenseinfrierungen oder Finanzsanktionen² an der wirtschaftlichen Isolation eines politisch unerwünschten Staates zu beteiligen, obwohl der Heimatstaat der adressierten Personen selbst diese Maßnahmen nicht unterstützt bzw. sich ihnen sogar widersetzen möchte.

Die Aktualität dieses Bereichs zeigte sich zuletzt in der angespannten Situation zwischen den USA und dem Iran. Gegen den Willen der anderen Vertragsparteien haben sich die Vereinigten Staaten im Jahr 2018 aus dem Iran-Atomabkommen³ zurückgezogen⁴ und die ursprünglichen Sanktionen wieder eingeführt bzw. teilweise sogar verschärft.⁵ Da diese Sanktionen auch für europäische Unternehmen gelten sollten und die Europäische Union die Position der USA gegenüber dem Iran nicht teilte,⁶ kehrten Mitte 2018 Blocking

¹ Siehe zu den Anwendungsinteressen *Schnyder*, Wirtschaftskollisionsrecht, S. 21 ff.

² Siehe beispielhaft Sec. 7 Executive Order 13608.

³ Gemeinsamer umfassender Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) vom 14.7.2015.

⁴ *BBC News*, Iran nuclear deal: Trump pulls US out in break with Europe allies, 2018 [online]; siehe zu diesen Entwicklungen auch *Lohmann*, Extraterritoriale US-Sanktionen, S. 2.

⁵ *Jones Day*, Impact of U.S. Withdrawal from the Iran Nuclear Deal, 2018 [online].

⁶ *Al Jazeera*, World leaders react to US withdrawal from Iranian nuclear deal, 2018 [online].

Statutes als mögliches Instrument auf die globale außenpolitische Agenda zurück: Die Europäische Union aktualisierte ihre sog. Blocking-Verordnung (im Folgenden: EU-Blocking-VO)⁷, um sich den extraterritorialen US-Aktivitäten in Bezug auf den Iran weiter entgegenzustellen. Ziel dieser Verordnung ist es, zu verhindern, dass europäische Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen zum Iran aufgrund der US-Sanktionen beenden. Auf iranischer Seite zeigte sich dagegen Skepsis hinsichtlich der tatsächlichen Wirksamkeit dieser Verordnung sowie der Entschlossenheit der Europäer, sich gegenüber den USA zu behaupten.

Der ursprüngliche Erlass der Blocking-Verordnung (wie auch weiterer Blocking Statutes etwa von Kanada⁸ und Mexiko⁹) geht auf transatlantische Meinungsverschiedenheiten im Jahr 1996 im Hinblick auf Kuba zurück, als die extraterritoriale Anwendung des US-amerikanischen *Helms-Burton Act*¹⁰ (ein wichtiger und umstrittener Teil des umfangreichen US-Wirtschaftsembargos gegen Kuba) die europäischen Unternehmen bei der Isolation des Inselstaates mit einbezog. Wurde der damalige Streit noch politisch beigelegt und die extraterritoriale Wirkung des Gesetzes von den nachfolgenden US-Präsidenten auf Grundlage eines internationalen Abkommens ausgesetzt,¹¹ führte der damalige US-Präsident *Trump* diese Praxis nicht fort¹² und bereitete damit auch in diesem Bereich neue und aktuelle Entwicklungen, die für Fragen der Wirksamkeit von Blocking Statutes von großer Bedeutung sind.

Diesen aktuellen Fall verallgemeinernd sind Blocking Statutes (Abwehrgesetze) gesetzgeberische Reaktionen auf das extraterritoriale Vorgehen eines anderen Staates. Sie versuchen, diese fremden extraterritorialen Jurisdiktionsansprüche abzuwehren, indem sie die Anwendung und Wirkung extraterritorialen Handelns anderer Staaten auf dem eigenen Staatsgebiet verhindern bzw. solchem Handeln entgegenwirken. Zwar geht es dabei in vielen Fällen um wirtschaftspolitische Maßnahmen im Außenhandel. Die Ursache, die Staaten zu solchen Gesetzen bewegt, ist jedoch rechtsgebietsübergreifend und deutlich weiterverbreitet, als man zunächst vermuten mag. Über diese Beispiele im Außenwirtschafts- und Exportkontrollrecht hinaus, die noch durch das US-

⁷ Verordnung (EG) Nr. 2271/96 vom 22.11.1996, Abl. L 309/1.

⁸ Der *Foreign Extraterritorial Measures Act* (R.S.C., 1985, ch. F-29) wurde bereits 1985 als Reaktion auf die US-amerikanische Kuba-Politik erlassen und im Hinblick auf den *Helms-Burton Act* mit Wirkung zum 1.1.1997 angepasst.

⁹ Ley de Protección al Comercio y la Inversión de Normas Extranjeras que Contravengan el Derecho Internacional, DOF del 23/10/1996; siehe für eine englische Übersetzung des Gesetzes *Vargas*, 36 ILM 133 (1997), 145.

¹⁰ Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act (LIBERTAD), Pub. L. 104-114, 110 Stat. 785 (codified 22 U.S.C. §§ 6021-91 (1995)).

¹¹ Siehe zu dem Übereinkommen *Smis/van der Borgh*, 93 Am. J. Int'l L. 227 (1999).

¹² *Wroughton/Spetalnick*, Trump lifts ban on U.S. lawsuits against foreign firms in Cuba, 2019 [online].

Pipeline-Embargo gegen die Sowjetunion in den 1980er Jahren¹³ ergänzt werden können, ist die extraterritoriale Ausdehnung von nationalem Recht auch im Kartell- bzw. Fusionskontrollrecht¹⁴ sowie im Datenschutzrecht¹⁵ verbreitet, wobei letzteres gerade in Zeiten des Internets immer häufiger – auch durch die Europäischen Union – über die eigenen Grenzen hinaus ausgeweitet wird.¹⁶ Auch in Fällen grenzüberschreitender Beweisaufnahmen zeigte sich entsprechende Relevanz, als es im Zusammenhang mit der in den USA praktizierten sog. *pre-trial discovery*, die zum Teil stark in grundrechtliche Positionen eingreifen und wichtige Geschäftsgeheimnisse offenlegen kann, bereits in der Vergangenheit zu schweren Zuständigkeitskonflikten wegen im Ausland befindlicher Beweismittel kam. Diesem Vorgehen exzessiver *discovery* vor allem in internationalen Kartellverfahren versuchte zum Beispiel das Vereinigte Königreich mit seinem *Protection of Trading Interests Act*¹⁷ zu begegnen, der häufig als Vorbild und Vorlage herangezogen wurde. Auch Frankreich reagierte mit einem entsprechenden Blocking Statute,¹⁸ das sich zuletzt wiederum längeren Diskussionen über eine Reform gegenüber sah.¹⁹

B. Forschungsfrage

I. Ziel der Untersuchung

Im Hinblick auf die eingangs erwähnten Entwicklungen, die zum vermehrten Erlass extraterritorial wirksamen Rechts führen, sowie auf die beschriebene ohnehin bereits praktizierte breite Anwendung dieses Vorgehens, werden auf politischer Ebene parallel dazu auch Blocking Statutes zu einem immer

¹³ Siehe dazu *Georgieff*, Kollisionen durch extraterritoriale staatliche Regelungen, S. 7 ff.; *Meng*, ZaöRV 57 (1997), 269 (277 ff.); *Forwick*, Extraterritoriale US-amerikanische Exportkontrollen, S. 52 f.

¹⁴ Im Rahmen des sog. Auswirkungsprinzip behält sich der Staat vor, all diejenigen Fälle wettbewerbsbeeinträchtigender Absprachen und gewünschter Unternehmenszusammenschlüsse zu prüfen und seiner Jurisdiktion zu unterstellen, die sich auf den Geltungsbereich seines Gesetzes bloß auswirken; siehe dazu bereits instruktiv *Dlouhy*, Extraterritoriale Anwendung des Kartellrechts, S. 37.

¹⁵ Siehe dazu bereits *Uecker*, Extraterritoriale Regelungshoheit im Datenschutzrecht, S. 37 ff.

¹⁶ Siehe *Uecker*, a.a.O., S. 49 ff.

¹⁷ Protection of Trading Interests Act 1980, ch. 11, in force 20/03/1980.

¹⁸ Loi n°80-538 du 16/07/1980, JORF n°0165 du 17/07/1980.

¹⁹ *Dauthier/Haranger*, New Report Proposes Reforms to 'Blocking Statute' to Protect French Companies, 2019 [online]; *Friedman/Wilcox/Bérion*, The Gauvain Report, 2019 [online].

beliebteren und interessanteren Instrument,²⁰ um unerwünschtem ausländischem Verhalten seinerseits national zu begegnen.

Angesichts dieser für die Zukunft steigenden Relevanz einerseits sowie der mit dem Iran, Kuba etc. in vielerlei Hinsicht gegenwärtig bestehenden Aktualität der Thematik andererseits, ist es von größter Bedeutung, die genauen Wirkungen und Folgen dieses Vorgehens zu kennen und zu wissen, ob es die intendierten Ziele auch tatsächlich erreichen kann. Dies gilt nicht zuletzt aufgrund der politischen Implikationen und Brisanz von Abwehrgesetzen, die eine angespannte Situation eher verschärfen als auflösen, sowie der damit verbundenen, teils gravierenden Folgen für private Akteure, indem sie durch die – eigentlich gegen das Verhalten des anderen Staates gerichteten – Maßnahmen zum Vollstrecker (außen-)politischer Interessen werden und sich als Subjekt in zwischenstaatlichen Streitigkeiten wiederfinden.²¹ Es handelt sich um Gesetze, die das Kollisionsrecht zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele instrumentalisieren²² und damit weit über rein juristische Aspekte und ihrer Dogmatik hinausgehen.

Ziel dieser Arbeit ist es daher, einen Überblick über das Instrument der Blocking Statutes zu verschaffen, indem rechtsvergleichend die Inhalte und Standardmaßnahmen herausgearbeitet und ihre Regelungen systematisiert werden. Hierzu werden nicht nur europäische und US-amerikanische, sondern auch lateinamerikanische, asiatische und australische Blocking Statutes mit in die Betrachtungen einbezogen. Auf Grundlage dieser länderübergreifenden Analyse sollen die rechtlichen Wirkungen und Folgen untersucht und im Hinblick auf ihre intendierten Wirkungen bewertet werden, um festzustellen, ob und inwieweit sie über die oft vorgeworfene rein symbolische Wirkung hinausgehen. Dabei soll stets dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Betrachtung von Blocking Statutes eine Schnittstelle verschiedener Bereiche bildet, da sie Fragen sowohl des internationalen wie des nationalen Rechts als auch jeweils des Kollisionsrechts und materiellen Rechts sowie des öffentlichen und privaten Rechts betrifft.

Neben der rechtlichen Einordnung soll auch einer interdisziplinären Betrachtung Bedeutung zukommen. Die Untersuchung wird fächerübergreifend den Einsatz solcher Gesetze sowohl aus juristischer als auch aus politischer und wirtschaftlicher Sicht bewerten und so bei der zukünftigen Entscheidung über den Erlass von Blocking Statutes unterstützen. Es wird geklärt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang ein solches Vorgehen zum Schutz der eigenen staatlichen Interessen sinnvoll und hilfreich bzw. in welchen Fällen es eher kontraproduktiv und schädlich ist und alternative Wege wie internationale

²⁰ Vgl. *Bälz*, NJW 2020, 878 (879).

²¹ Vgl. *Basedow*, in: *Basedow et al.* (Hrsg.), *Encyclopedia of private international law*, S. 214.

²² *Jayme/Kohler*, IPRax 1997, 386 (392).

Streitbeilegung (z.B. das WTO-Streitbeilegungsverfahren) oder bilaterale Diplomatie in Betracht gezogen werden sollten.

II. Forschungsstand

Blocking Statutes sind immer wieder und auch derzeit Gegenstand öffentlicher Diskussion und wissenschaftlicher Betrachtungen. Auch wenn sich Abwehrgesetzgebung – zumindest im Außenwirtschaftsrecht – mit der zunehmenden Liberalisierung der Weltwirtschaft und dem Abbau von Handelshemmnissen teil- und zeitweise im juristischen Diskurs verlor, erfolgte die juristische Aufarbeitung einzelner – aufgrund besonderer politischer Beobachtung der Hintergründe bekannterer – Blocking Statutes stets in zeitlichem Zusammenhang zu ihrem jeweiligen Erlass. So wurden beispielsweise der bereits erwähnte britische *Protection of Trading Interests Act*, das französische Gesetz aus dem Jahr 1980 sowie die europäische Blocking-Verordnung vermehrt in der Literatur aufgegriffen und besprochen, wobei man sich in den meisten Fällen auf die Darstellung der Regelungsinhalte der jeweiligen Gesetze sowie die Auswirkungen auf die privaten Adressaten der Vorschriften beschränkte, ohne über einen längeren Zeitraum durch Auswertung einschlägiger Rechtsprechung die genauen Wirkungen der Regelungen zu beobachten und zu evaluieren, inwiefern die Gesetze ihre Ziele tatsächlich erreichen. Nicht selten erschöpfen sich Quellen ohne nähere Begründung in der Feststellung, dass Blocking Statutes lediglich über politische Symbolik verfügten.

Auch eine umfassende, rechtsgebiets- und länderübergreifende Betrachtung ist in diesen Fragen bislang nicht erfolgt. Dies ist jedoch besonders wichtig für die Feststellung, welche Blocking Statutes aus welchen Gründen tatsächlich effektiv sind und welche nicht. Schließlich sind auch interdisziplinäre Fragen der Thematik bislang nicht ausreichend gewürdigt worden. Gerade die Kenntnis wirtschaftlicher, aber auch politischer Folgen des Erlasses eines Blocking Statutes ist jedoch mitentscheidend in dem schwierigen Abwägungsprozess über das richtige Vorgehen.

C. Gang der Untersuchung

Um Blocking Statutes und ihre tatsächliche Wirkung dieser umfassenden Analyse unterziehen zu können, werden als Grundlage im Folgenden zunächst das Konzept der extraterritorialen Jurisdiktion und dessen Folgen näher dargestellt (Kapitel 1). Dabei wird herausgearbeitet, welche Aspekte dieses Vorgehens Gegenmaßnahmen des betroffenen Staates provozieren könnten.

In einem nächsten Schritt wird das Instrument der Blocking Statutes als eine solche Gegenmaßnahme vorgestellt und deren Effektivität im Hinblick auf ihre tatsächlichen Ziele untersucht (Kapitel 2). Hierzu wird zunächst der übliche

Regelungsinhalt aufgezeigt und beschrieben, mit welchen Maßnahmen, also *womit* Blocking Statutes der extraterritorialen Jurisdiktion begegnen und ihre gewünschten Wirkungen erreichen sollen. Darüber hinaus wird anhand dieser Regelungsinhalte näher eingegrenzt, gegen welche Teilaspekte extraterritorialer Jurisdiktion, das heißt *wogegen* Blocking Statutes wirken sollen. Im Anschluss werden die Regelungsziele dieser Inhalte und ihre intendierte Wirkungsweise detaillierter dargestellt, das heißt, *was* genau mit ihren Vorschriften *wie* verfolgt wird. Dieser Darstellung der intendierten Wirkung der Regelungsinhalte wird schließlich für den Kernbestandteil – den Befolungsverboten – eine Analyse der tatsächlichen Wirkungen gegenübergestellt, um anhand dessen festzustellen, ob Blocking Statutes ihre Ziele tatsächlich erreichen und damit als Maßnahme gegen extraterritoriale Jurisdiktion geeignet sind.

Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für die nachfolgende Gesamtbewertung des Erlasses eines Blocking Statutes, in deren Rahmen Argumente für ein solches Vorgehen mit denjenigen gegen einen Erlass abgewogen werden (Kapitel 3). Neben der evaluierten Effektivität des Instruments werden hier auch sonstige (negative) Folgen und Auswirkungen sowie mögliche (bessere) Alternativen herangezogen, was eine abschließende Handlungsempfehlung für entsprechende Entscheidungsträger ermöglicht.

Schließlich erfolgen eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Arbeit (Kapitel 4) sowie Schlussbetrachtungen.

Kapitel 1

Extraterritoriale Jurisdiktion und ihre Folgen als Ursprung eines Blocking Statutes

Dem Erlass eines Blocking Statutes liegt immer der Versuch eines anderen Staates zu Grunde, seine Jurisdiktion extraterritorial auszuüben. Mit den Regelungen eines Blocking Statutes wiederum möchte der davon betroffene Staat die Wirkungen dieser extraterritorialen Jurisdiktion verhindern. Deshalb wird in diesem Kapitel näher dargestellt, was unter extraterritorialer Jurisdiktion verstanden wird und wie genau diese sowohl im materiellen Recht als auch im formellen Recht bzw. Verfahrensrecht ausgestaltet ist bzw. zugunsten welchen Regelungsziels sie wirken soll (Abschnitt A). Anschließend werden einige Folgen dieses Handelns aufgezeigt, die den Grund dafür bilden, dass der betroffene Staat ab einem bestimmten Grad dieser Folgen wegen erhöhten zwischenstaatlichen Konfliktpotentials und betroffener öffentlicher Interessen entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen möchte (Abschnitt B).

A. Begriff der extraterritorialen Jurisdiktion

I. Jurisdiktion

Im Folgenden werden als Grundlage zunächst der Begriff der Jurisdiktion sowie ihre klassische Unterteilung dargestellt. Im Anschluss werden Begrifflichkeiten und Inhalte der hier vorgenommenen Unterteilung der Teilbereiche aufgezeigt und erläutert, warum diese für die vorliegende Arbeit zweckmäßiger sind.

I. Begriff und Unterteilungen

a) Begriff

Der Begriff der Jurisdiktion wird zur Beschreibung einer Vielzahl unterschiedlicher Erscheinungen verwendet¹ und verfügt damit über viele Bedeutungen². Aus der Sicht der deutschen Rechtswissenschaft wird der Begriff in erster Linie

¹ Vgl. dazu bereits *Akehurst*, 46 Brit. Yb. Int'l L. 145 (1975).

² *Emmenegger*, 33 Ariz. J. Int'l & Comp. L. 631 (2016), 637 f.; *Leibold*, 51 Willamette L. Rev. 225 (2015), 249; siehe auch *Michaels*, 27 Mich. J. Int'l L. 1003 (2006).

im Sinne der Gerichtsbarkeit bzw. richterlichen Zuständigkeit verstanden.³ Der englische Gebrauch von *jurisdiction* dagegen ist deutlich weiter und schließt daneben auch die räumliche Erstreckung eines Hoheitsträgers, die Regierungsgewalt über Territorien (also die Befugnis, *jurisdiction* auszuüben) sowie die Gewalt, Rechtsnormen zu setzen und auszuführen, sie durchzusetzen und auf ihrer Grundlage Recht zu sprechen (also die eigentliche Gerichtsbarkeit auszuüben) mit ein.⁴ Letztlich geht es um den Anspruch einer Autorität auf einen bestimmten Sachverhalt, wobei dieser sich auf Personen, Sachen, ein Verhalten oder eine Kombination dieser Anknüpfungspunkte beziehen kann.⁵ Auch dem deutschen Sprachgebrauch ist ein solch weites Verständnis im Sinne einer Hoheitsausübung durch die drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative jedoch nicht fremd und entspricht in dieser Bedeutung dem englischen *jurisdiction*. Dieser Umstand führt dazu, dass der deutsche Begriff der Jurisdiktion in dieser Form benutzt werden kann, ohne einer festen Bedeutung im Sinne der eng gefassten Gerichtsbarkeit zu widersprechen. Schließlich beschreibt er am besten, was im Rahmen dieser Arbeit mit dieser Thematik verbunden sein soll. Es geht nämlich nicht um Hoheitsgewalt schlechthin, sondern speziell um Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung. „Jurisdiktion“ ist daher als Ausübung von Hoheitsgewalt aller drei Staatsgewalten durch Setzung und Durchsetzung von Recht zu verstehen.⁶

b) Klassische Unterteilung

Auf Grundlage dieser Begriffsbestimmung werden (vor allem im anglo-amerikanischen Rechtskreis) üblicherweise drei Teilbereiche der Jurisdiktion unterschieden: die *jurisdiction to prescribe*, die *jurisdiction to adjudicate* sowie die *jurisdiction to enforce*.⁷ Diese sollen im Folgenden kurz erläutert werden, bevor anschließend eine eigene Einteilung für die Zwecke der vorliegenden Arbeit vorgenommen wird.

³ Siehe bereits *Hasford*, Die Jurisdiktion der Europäischen Gemeinschaften, S. 26 ff.; *Meng*, Extraterritoriale Jurisdiktion, S. 3.

⁴ *Hay*, *RabelsZ* 60 (1996), 303 (304 f.); siehe zur Historie des Begriffs *Meng*, Extraterritoriale Jurisdiktion, S. 1 ff.

⁵ *Emmenegger*, 33 *Ariz. J. Int'l & Comp. L.* 631 (2016), 638.

⁶ *Meng*, Extraterritoriale Jurisdiktion, S. 1; etwas eingeschränkter *Spothelfer*, Völkerrechtliche Zuständigkeiten und das Pipeline-Embargo, S. 4 ff.

⁷ Siehe für einen Überblick *Randall*, 66 *Tex. L. Rev.* 785 (1988), 786 ff.; siehe hierzu außerdem *Bagheri/Jafar*, 41 *Eur. J. Law Econ.* 393 (2016), 398 ff.; siehe für eine Kritik der Einteilung wegen einer zu starken Orientierung an der Gewaltenteilung in Demokratien *Puttler*, Völkerrechtliche Grenzen, S. 81 f.

aa) *Jurisdiction to prescribe*

Die *jurisdiction to prescribe*⁸ meint als „Regelungshoheit“ die Befugnis eines Staates, „to make its law applicable to the activities, relations, or status of persons, or the interests of persons in things, whether by legislation, by executive act or order, by administrative rule or regulation, or by determination by a court“⁹. Dieser Jurisdiktionsbereich klärt also die Möglichkeiten eines Hoheitsträgers, Personen, Handlungen und sonstige Sachverhalte den eigenen Gesetzen zu unterwerfen¹⁰ bzw. dieses Recht auf die genannten Sachverhalte anzuwenden¹¹ und drückt damit die (sachliche und auch geografische) Reichweite der Gesetze eines Staates aus.¹²

Die Regelungswirkung staatlicher Hoheitsgewalt ist dabei nicht an bestimmte Regelungstechniken gebunden.¹³ Regelungen in diesem Sinne sind daher sowohl solche der Rechtssetzung als auch der Rechtsanwendung: Es geht zum einen darum, dass durch abstrakt-generelle Rechtssetzung bestimmte Norminhalte geschaffen werden, zum anderen darum, dass diese Inhalte im Einzelfall durch gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsakte konkretisiert und angewendet werden.¹⁴ Regelung ist also ein erlassenes Gesetz ebenso wie ein Gerichtsurteil oder eine Verwaltungsentscheidung,¹⁵ die dieses Gesetz anwenden, da all diese staatlichen Handlungsmöglichkeiten Regulierungswirkung entfalten können.¹⁶ Bei der *jurisdiction to prescribe* geht es also letztlich um den (legislativen) Erlass und die Anwendung materiellen Rechts durch staatliche Stellen, wobei hier für den Charakter einer Regelung ebenso unerheblich ist, von welcher der drei Staatsgewalten die Maßnahme ausgeht. Entscheidend ist allein, dass eine Regelung von Rechten und Pflichten, die einen Sachverhalt mit einer Rechtsfolge verbindet, getroffen oder ein

⁸ Siehe dazu bereits *Mann*, Rec. des Cours 111 (1964), S. 23 ff.; sowie *Mann*, Rec. des Cours 186 (1984), S. 19 ff.

⁹ Siehe dazu bereits *ALI*, Restatement (Third), § 401(a).

¹⁰ *Dlouhy*, Extraterritoriale Anwendung des Kartellrechts, S. 30.

¹¹ Siehe *Lowenfeld*, 4 B. U. Int'l L. J. 91 (1986).

¹² *Ryngaert*, Jurisdiction in International Law, S. 9.

¹³ *Kment*, Grenzüberschreitendes Verwaltungshandeln, S. 148 f.

¹⁴ *ALI*, Restatement (Fourth), § 401(a), definiert die *jurisdiction to prescribe* als „the authority of a state to make law applicable to persons, property, or conduct“. Zum Teil wird die *jurisdiction to prescribe* im deutschen Sprachgebrauch auch „legislative Jurisdiktion“ genannt; eine solche Übersetzung wird jedoch dem Umstand nicht gerecht, dass *jurisdiction to prescribe* durch Rechtsanwendung auch von der Verwaltung und den Gerichten ausgeübt wird. Im Folgenden wird daher schlicht der Begriff „Regelung“ gebraucht.

¹⁵ *Hellgardt*, Regulierung und Privatrecht, S. 50 f.

¹⁶ Allerdings ist zu beachten, dass Einzelfallentscheidungen geringere Regelungswirkung haben als abstrakt-generelle Regulierungen, vgl. *Hellgardt*, Regulierung und Privatrecht, S. 459 f.

Rechtsverhältnis begründet oder konkretisiert wird, das die Beziehung von Personen untereinander oder von Personen zu Sachen betrifft.¹⁷

bb) Jurisdiction to adjudicate

Das *Restatement (Fourth) of the Foreign Relations Law of the United States*¹⁸ des *American Law Institute* versteht unter der *jurisdiction to adjudicate* „the authority of a state to apply law to persons or things, in particular through the processes of its courts or administrative tribunals“¹⁹. Adjudikative Jurisdiktion beschreibt damit den Anspruch eines Staates, Parteien seinen gerichtlichen Prozessen zu unterwerfen.²⁰ Gemeint ist hier also die gerichtliche Zuständigkeit,²¹ das heißt, ob ein Gericht über den entsprechenden Sachverhalt entscheiden und die zulässigen Maßnahmen treffen kann.²²

cc) Jurisdiction to enforce

Die *jurisdiction to enforce*²³ beschreibt den Anspruch eines Staates, seine inländischen Gesetze und Vorschriften durchzusetzen.²⁴ Wurde eine Regelung im obigen Sinne – durch Gesetzgeber, Verwaltung oder Gerichte – geschaffen oder ausgesprochen, erfolgt in einem zweiten Schritt – wenn notwendig, da sie nicht freiwillig befolgt wird – die Durchsetzung der Regelung.²⁵ Soll ein Bürger also etwa eine bestimmte Pflicht erfüllen, kann diese mittels staatlichen Zwangs durchgesetzt werden. Zu beachten ist jedoch, dass mit „Durchsetzung“ noch nicht bereits die Strafandrohung durch gerichtliche Entscheidung gemeint ist. Zwar mag dies die Entscheidung, der Anordnung zu folgen, beeinflussen und letztlich zu einem Einlenken des Bürgers führen, um weitere Nachteile zu vermeiden. Bei einer Strafandrohung handelt es sich jedoch noch um eine Regelung im Rahmen der *jurisdiction to prescribe*. Erst wenn auch diese gerichtliche Entscheidung nicht zu einem Umdenken führt und etwa eine

¹⁷ *Meng*, Extraterritoriale Jurisdiktion, S. 6 f.

¹⁸ *ALI*, *Restatement (Fourth) of the Foreign Relations Law of the United States* (2018).

¹⁹ *ALI*, *Restatement (Fourth)*, § 401(b); siehe dazu auch *Dodge*, 18 *Yb. Priv. Int'l L.* 143 ff. (2016–2017); zum vorherigen *Restatement (Third)* beispielhaft *Hixson*, 12 *Fordham Int'l L. J.* 127 (1988), 129.

²⁰ *Emmenegger*, 33 *Ariz. J. Int'l & Comp. L.* 631 (2016), 638; *Kim*, 7 *Sing. J. Int'l & Comp. L.* 386 (2003), 388, weist darauf hin, dass für die Zuständigkeit unter Umständen noch die *subject matter jurisdiction* hinzutreten muss.

²¹ *Hay/Krätzschar*, RIW 2003, 809 (810).

²² Siehe dazu ausf. bereits *Akehurst*, 46 *Brit. Yb. Int'l L.* 145 (1975), 152 ff.

²³ Siehe dazu bereits *Mann*, *Rec. des Cours* 111 (1964), S. 127 ff.; sowie *Mann*, *Rec. des Cours* 186 (1984), S. 34 ff.

²⁴ *Emmenegger*, 33 *Ariz. J. Int'l & Comp. L.* 631 (2016), 638 f.

²⁵ Die „*jurisdiction to enforce*“ ist nach *ALI*, *Restatement (Fourth)*, § 401(c), „the authority of a state to exercise its power to compel compliance with law“.

Sachregister

- Abkommen
 - Atom- *siehe* Iran
 - gegenseitige Anerkennung 268
 - Kooperations- 281
 - Koordinierungs- 281
 - Rechtshilfe- *siehe* Rechtshilfe
 - Steuer- 269
- Act of State*-Doktrin 199, 235
 - Anwendungsbereich 199
 - Ursprung 199
- Aérospatiale*-Entscheidung 209
 - Auswirkungen auf untergeordnete Rechtsprechung 211
- Anerkennungsverbot 98
 - Regelungsziel 114, 115
- Anknüpfung(s)
 - -bereich 41
 - Grund- 131
 - Parteiwillen 77
 - Personalprinzip 33
 - -punkt 44, 129, 131
 - Sonder- 45, 131, 132, 134
 - Territorialitätsprinzip 33
- Anreize
 - finanzielle 20, 22
 - marktwirtschaftliche 46
 - negative 22, 106
 - ökonomische 24
 - positive 22, 106
- Anti-Boycott *siehe* Boykott
- Antidiskriminierungsgesetz
 - Abgrenzung 92
- antisuit injunction* 104, 117, 207
 - Ziel 104
- Anwendung der EU-Blocking-VO
 - Deutschland 151
 - Europäische Kommission 150
 - Europäischer Gerichtshof 159
 - Frankreich 173
 - Italien 172
 - Niederlande 171
 - Vereinigtes Königreich 169
- Anwendungsbereich 35, 54, 82
 - Einschränkung 192, 195
 - öffentliches Recht 39, 43, 46
 - persönlicher 41, 50, 90
 - Privatrecht 44
 - sachlicher 41, 51, 279
 - US-Regelungen 197
- Aufenthaltsstaat 61, 69, 72, 74, 120, 123
 - gegensätzliche Anordnung 74, 81, 111, 221
 - territoriale Souveränität 65
 - territorialer Jurisdiktionsanspruch 71
- Ausfuhrverbot *siehe* Exportverbot
- Auslandsvollstreckung 69, 124
 - Folgen 82
- Auslandszustellung 63, 65
 - Folgen 79
- außenpolitisch/e 107
 - Auswirkungen 180
 - Exekutivorgane 273
 - Interessen 85, 193
 - Ziele 108
- Außenwirtschaftsrecht², 49, 92, 131, 287
- Australien 95, 99
- Auswirkungsprinzip 3, 32, 33, 54
- balancing of interest*-Ansatz 195, 197, 204, 205, 208, 237
 - Funktion 196
- bank secrecy laws* 210, 280
 - Abgrenzung 97, 280
- Befolgungsverbot 88, 252
 - Anwendungsbereich 106, 128, 137, 143
 - ausländisches 194
 - Ausnahmeregelungen 143
 - Beweisschwierigkeiten 137
 - Effektivität 259
 - kollisionsrechtliche Wirkung 127, 130, 134

- Persuasionswirkung 253
- Regelungsziel 111
- sachrechtliche Wirkung 136
- Sekundärregelung 93
- Berücksichtigung 147, 163
- ausländischer Interessen 31, 41, 62, 195
- kollisionsrechtliche 128
- sachrechtliche 144
- Best practice*-Empfehlungen 266, 271
- Beweis
 - -anordnung 128, 262
 - -aufnahme 3, 27, 66, 67, 81, 112, 142
 - -last 159, 161
 - -mittel 3, 67, 94, 161, 211
- Blocking Statute
 - Anwendungsbereich 88
 - Auslöser 107
 - Begriff 2, 85
 - Bewertung 285
 - Regelungsinhalte 88
 - Regelungsziel 108
- Boycott
 - Anti- 91, 140, 185, 255, 262
 - Begriff 58
 - Primär- 58
 - Sekundär- 56, 59
- Bußgeld .43, 93, 145, 157, 176, 185, 234, 250, 286

- Christopher X*-Entscheidung 183, 213, 214, 243
- clawback*-Anspruch 100, 119
- comity* 31, 195, 199, 210, 270
 - *positive*- 270
- conflict of jurisdictional authority* 72, 73
- Costa Rica 105

- Datenschutzgesetz 280
 - Abgrenzung 97
- Datenschutzrecht 3, 269
- Deliktsrecht
 - haftungsbegründender Tatbestand 19
 - Regulierungsfunktion 18, 19
- Deutschland 92, 93, 94, 103, 129, 151, 164, 177, 275
- Diplomatie 272, 273
 - Bewertung 281
 - bilaterale 5
- disclosure order* 242, 244
- discovery*
 - *order* 204, 205
 - *pre-trial*- 3, 67, 103
- Dominica 105

- Ecuador 105
- Einbeziehung Dritter 21, 23, 24, 46, 48, 49, 68
 - Folgen 74, 75
- Eingriffsnorm 45, 73, 131, 132
 - ausländische 151
 - des Forums 130, 134
 - drittstaatliche 133, 134, 146
- Einreiseverbot 1, 58, 123, 251
 - faktisches 70
 - Persuasionswirkung 44
 - Verhängung 43
- Embargo 132
 - Handels- 51, 153, 180, 227
 - Wirtschafts- 2, 153
- Erklärungswert 92, 140
 - positives Tun 141
 - Unterlassen 141
- EU
 - -Beweisaufnahmeverordnung 272
 - -Grundrechtecharta 157, 162
 - -Zustellungsverordnung 272
- EU-Blocking-VO 2, 88, 100, 101, 143, 150, 154, 163
 - Anwendung *siehe* Anwendung der EU-Blocking-VO
 - Anwendungsbereich 157, 158, 163, 170
 - kollisionsrechtliche Wirkung 130
 - Persuasionswirkung 254
 - Regelungsziel 118
 - Wirkungen auf den Helms-Burton Act 233
- Exekutive 8, 192, 199, 228
 - Aufgabe 14
- Export
 - -Lizenz 53
 - -kontrollen 76, 222
 - -kontrollrecht 2, 53
 - -Lizenz 93
 - -unternehmen 188
 - -verbot 47, 73, 129, 133
 - -vertrag 53
- Extraterritorialität
 - Begriff 29, 34
 - formell-rechtliche 30, 39, 60
 - materiell-rechtliche 30, 38, 39

- FEMA 89, 100, 101, 179, 180, 181, 227
 Finanzsanktionen *siehe* Sanktionen
Foreign Extraterritorial Measures Act *siehe* FEMA
foreign state compulsion-Doktrin 114,
 198, 200, 220, 227
 – Anwendungsbereich 201
 formelles Recht
 – Begriff 60
forum non conveniens 61, 78, 79, 105
 Frankreich 94, 95, 173, 182, 211, 245
Fruehauf-Entscheidung 284
 Funktion
 – Kompensations- 16
 – Steuerungs- 18, 26
 – Straf- 18, 44, 55, 116
 Fusionskontrollrecht 3, 54
- GATT 273, 274
Gauvain-Report 184
 Gegenmaßnahme 5, 76, 85, 86, 119,
 122, 259, 274, 286
 Geldstrafe 16, 93, 183, 186
 Generalprävention 13, 43, 52, 55, 82, 93,
 117, 145, 179
genuine link 31
 Gerichtsstand 77, 83
 – exorbitanter 61
 – internationaler 45
 Gesetze zum Schutz von Bankgeheim-
 nissen *siehe bank secrecy laws*
 Grundanknüpfung *siehe* Anknüpfung
 Guatemala 105
- Haager Beweisübereinkommen 102,
 183, 242, 272
 – Bewertung 281
 – Verhältnis zu US-Regelungen 209,
 214, 217
 Haager Zustellungsübereinkommen 272
 Haftung(s)
 – -ausfüllung 19
 – -begründung 19
 – -recht 17, 20
 Handelsbeschränkungen 51, 58, 108
 Handelsembargo *siehe* Embargo
 Harmonisierung 269
 – internationale 264, 281
 – materiellen Rechts 265
- HBÜ *siehe* Haager Beweis-
 übereinkommen
 Heimatstaat 1, 43, 77
Helms-Burton Act 2, 51, 90, 100, 101,
 132, 149, 228, 283
 Hoheit(s)
 – -gewalt 8, 9, 13, 115, 123
 – -träger 8, 9, 14
 HZÜ *siehe* Haager Zustellungs-
 übereinkommen
- Informationsbeschaffung 27
 informelle Einwirkung 25, 68
 Inlandszustellung *siehe* Zustellung
 INSTEX 278
 – Bewertung 284
 Instrument
 – Energieeffizienz- 24
 – Förder- 22
 – internationales 265
 – marktwirtschaftliches 22, 24, 48
 – ordnungsrechtliches 24
 – planungsrechtliches 25
 – privatrechtliches 24
 Interessen(s)
 – -abwägung 145, 152, 196, 208, 210,
 211, 304
 – -kollision 191, 200
 – -konflikt 74, 261
 Internationales Privatrecht *siehe*
 Kollisionsrecht
 Irak 186
 Iran 1, 50, 58, 89, 150, 224, 278
 – Atomabkommen 1
 Israel-Boykott 58, 91, 140, 148
 Italien 172
- JCPOA *siehe* Iran-Atomabkommen
 Judikative 8, 191, 192, 193, 199, 288
jurisdiction
 – *personal*- 78, 229, 233
 – *subject matter*- 78, 229, 230
 – *to adjudicate* 10, 11
 – *to enforce* 10, 11, 82, 198
 – *to prescribe* 9, 11
 Jurisdiktion(s)
 – -anspruch 2, 39, 71, 109, 111, 144
 – -ausübung 11, 12, 26, 27, 29, 72, 75,
 263
 – Begriff 7
 – formell-rechtliche 26

- -hoheit 30, 32, 34, 65, 86
- -konflikt 71, 77, 81, 192, 196
- materiell-rechtliche 12
- territoriale 36, 47, 60
- -titel 32, 33, 35
- völkerrechtlich zulässige 30

- Kanada 2, 89, 94, 95, 179, 227, 246
- Kartellrecht 3, 54, 120, 206, 262
- Kollision
 - Normen- 72, 260
 - Pflichten- 72, 73, 81, 133, 145, 178, 260, 264
- Kollisionsnorm
 - negative 110, 130
- Kollisionsrecht 4, 39, 127
 - einseitiges 40
 - mehrseitiges 40, 44
 - öffentliches 40, 127
 - privates 128
 - privatrechtliches 44
- Konflikt
 - Interessens- *siehe* Interessen
 - Normen- 145
 - territoriale Souveränität 79, 81, 82, 272
 - zwischenstaatlicher 49, 76, 191
- Konvergenz 265
- Kooperationsabkommen *siehe* Abkommen
- Koordinierungsabkommen *siehe* Abkommen
- Kosten-Nutzen-Analyse 12, 74, 250, 255, 261
- Kuba 2, 51, 89, 179, 181, 224, 227, 228
- Kuwait Airways* 147, 189

- Laker Airways*-Entscheidung 206, 240
- Legislative 8, 9, 192
- lex*
 - *causae* 129
 - *fori* 128, 242, 245
- Lieferkette 24
- Lotus*-Urteil 31

- MAAF 183
- memorandum of understanding* 271, 281
- Mexiko 2, 90, 101, 271
- Mutterkonzern/-unternehmen/-gesellschaft 23, 25, 47, 50, 65, 68, 70, 75, 140, 153, 187, 261

- NAFTA *siehe* Schlichtungsverfahren
- Nexus
 - territorialer 35, 37
 - US- *siehe* *United States*
- Nicaragua 106
- Niederlande 94, 171
- Normenkollision *siehe* Kollision

- OAC 189
- OAS *siehe* Schlichtungsverfahren
- OECD 266
- OFAC 163, 172, 221, 223, 224
- Öffentliches Recht
 - Aufgabe 15
- Ontario 94
- Ordnungsrecht 15, 23, 28, 43, 47
 - Durchsetzung 16
- ordre public* 103, 105, 117, 130, 148

- personal jurisdiction* *siehe* *jurisdiction*
- Personalprinzip 32, 33
- Persuasionswirkung 12, 26, 93, 104, 109, 110, 112, 113, 136, 139, 250
 - relevante Faktoren 250
 - Sekundärregelung 109
- Pflichtenkollision *siehe* Kollision
- Pipeline-Embargo 3, 86, 222, 282
- Präventionswirkung 17, 20
- presumption against extraterritoriality* 41, 195, 197
- pre-trial discovery* *siehe* *discovery*
- Primärboykott *siehe* Boykott
- Primärregelung *siehe* Regelung
- Primärsanktionen *siehe* Sanktionen
- private enforcement* 16, 19, 44, 52, 55, 65, 105, 116, 123, 146, 178, 179, 233, 250
- Privatrecht
 - Aufgabe 15, 17
 - internationales *siehe* Kollisionsrecht
 - regulatorisches 48
- Prorogation 46, 77, 81, 83
- public enforcement* 43, 55, 127, 145, 176, 180, 182, 270

- Québec 94

- reasonableness* 31, 195, 197
- Rechtshilfe 203
 - -Abkommen 272, 281

- Ausschluss 102
- -ersuchen 103, 183, 272
- internationale 96, 112, 220, 244
- -verweigerung 103
- Rechtswahl 45, 73, 131
- Reexport 53, 223
- Reform 3, 96, 184, 218, 221
- Regelung(s)
 - Auslands- 41, 42, 43, 67, 81
 - -gewalt 31
 - -hoheit 9, 11, 31, 71
 - Primär- 15, 19, 43, 52, 55
 - Sekundär- 19, 43, 52, 55, 104, 110, 117, 249, 284
- Regulierung(s)
 - -adressat 13, 21, 22, 23, 24, 57
 - Begriff 13
 - extraterritoriale 46, 57, 108, 114, 128, 138
 - -instrument 14, 16, 21, 23, 24
 - -wirkung 9, 14, 21
 - Wirtschafts- 107, 108
- Repressalie 274
 - Begriff 274
- Restatement of the Foreign Relations Law of the United States*
 - (*Fourth*) 10, 197, 198, 236
 - (*Second*) 198, 204
 - (*Third*) 195, 210, 214, 235
- Retorsion 274
 - Begriff 275
 - Folgen 277
- Sanktionen
 - Finanz- 1, 58, 284
 - Primär- 50
 - Sekundär- 1, 50, 55, 57, 91, 138, 150, 156, 163, 170, 172
 - US- *siehe United States*
 - Wirtschafts- 1, 35, 49, 56, 73, 86, 108, 201, 221, 226
- Saudi-Arabien 58
- Schadensersatz 43
 - -anspruch 16, 19, 43, 51, 52, 55, 132, 250
 - dreifacher *siehe treble damages*
 - kompensatorischer 17
 - -recht 17, 18
- Schadensersatz 228
- Schiffahrtsindustrie 95
- Schlichtungsverfahren 274
- NAFTA 274
- OAS 274
- WTO *siehe* WTO
- Schweiz 97, 204, 210, 247, 277
- SDN-Liste 56, 157, 161, 163, 165, 172
- secondary sanctions* *siehe* Sekundär-sanktionen
- Sekundärboykott *siehe* Boykott
- Sekundärsanktionen *siehe* Sanktionen
- SISSE 184, 218, 221
- Société Internationale*-Entscheidung 204
- Softlaw* 266
- Sonderanknüpfung *siehe* Anknüpfung
- Sorgfaltspflichten 19, 24
- Souveränität 30, 81, 82, 105
 - Eingriff 76, 112
 - territoriale 31, 65, 79
 - völkerrechtliche 30
- Sowjetunion 3, 86, 222, 282
- Staatsangehörigkeit 32, 50, 59, 195, 219
- Steuervergünstigung 22
- Strafandrohung 10
- Strafrecht
 - ausländisches 245
 - internationales 11
 - Zuständigkeit 62
- Strauss*-Faktoren 215, 216
- subject matter jurisdiction* *siehe* *jurisdiction*
- Subvention 22
- Südafrika 95, 99, 216
- SWIFT 155
- Telekom* 155, 159
- Territorialitätsprinzip 32, 33, 37, 71, 151, 193
- Tochterunternehmen/-gesellschaft 25, 41, 47, 51, 57, 65, 68, 70, 75, 181, 187, 203, 222, 261, 278
- trafficking* 52, 230, 232
- treble damages* 44, 52, 55, 78, 99, 101, 116, 119
- true conflict* 201, 227
- UNCITRAL 267
- UNIDROIT 267, 268
- United States* 86, 185, 194, 205, 210
 - person* 50, 56, 57
 - -Sanktionen 2, 37, 51, 56, 148, 150, 155, 170, 172, 173, 221, 222, 225, 278

- Unites States*
- Nexus 50, 55
- Unterlassungsanspruch
- Funktion 20
- Unterwerfungsklausel 42, 47, 53
- Uranium litigation*-Verfahren 203
- Folgen 205
- Uran-Kartell 95

- Verbot
- Anerkennungs- *siehe* Anerkennungs-
verbot
- Ausfuhr- *siehe* Exportverbot
- Einreise- *siehe* Einreiseverbot
- Export- *siehe* Export
- Vollstreckungs- *siehe* Vollstreckung
- Vereinigte Staaten *siehe* *United States*
- Vereinigtes Königreich 90, 94, 95, 101,
169, 203, 241
- Vergeltungsrecht 275, 277
- Verhaltenssteuerung
- direkte 14, 15, 41, 72
- indirekt 46
- indirekte 21, 74
- nicht-regulatorische 25
- privatrechtliche 17, 52
- regulatorische 13
- Vermögenseinfrierung 1, 58
- Verwaltungsrecht
- internationales 11
- Wirtschafts- 15
- Verwaltungsverfahren
- ausländisches 80
- Einleitung 62
- Vollstreckung(s) 11
- Auslands- *siehe* Auslands-
vollstreckung
- -hoheit *siehe* *jurisdiction to enforce*
- territorial mit extraterritorialer
Wirkung 69, 82, 251
- -verbot 98, 114, 116, 117

- Welthandelsorganisation *siehe* WTO
- Westinghouse*-Entscheidung 203
- Wettbewerbsrecht 108, 196, 262
- Auswirkungsprinzip 32
- extraterritoriales 54
- *memorandum of understanding* 271
- Unterlassungsanspruch 21
- Vereinheitlichung 264, 266
- Wirtschaftsembargo *siehe* Embargo
- Wirtschaftssanktionen *siehe* Sanktionen
- Wirtschaftsverwaltungsrecht *siehe* Ver-
waltungsrecht
- WTO 149, 264, 266, 283
- Schlichtungsverfahren 274

- Zurechnung fremden Verhaltens 23, 25
- Zuständigkeit 62
- Zuständigkeit(s) 11, 26
- gerichtliche 8, 10, 78
- internationale 60, 61, 77
- -konflikt 3, 71
- Zustellung(s) 27, 62
- Auslands- *siehe* Auslandszustellung
- Inlands- 64, 79, 80
- -surrogate 66, 80
- -verweigerung 103
- Zwangsverwaltung 278
- Bewertung 283